Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische

Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 187 (2021)

Heft: 10

Artikel: Sezessionstendenzen am Mittelmeer

Autor: Schneider, Henrique

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-976291

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 23.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

SICHERHEITSPOLITIK 18



■ Katalonien erklärt die Unabhängigkeit und setzt den Unabhängigkeitsprozess aus.

Bild: Generalitat de Catalunya

► Geteiltes Zypern.

Bild: Wikipedia

Sezessionstendenzen am Mittelmeer

Unabhängigkeitsbewegungen und damit verbundene Konflikte sind keine Seltenheit. Insbesondere rund um das Mittelmeer bestehen einige dieser Tendenzen – mit geopolitischen Implikationen für Europa.

Henrique Schneider

Der politisch-rechtliche Begriff der Sezession bezeichnet die Loslösung einzelner Landesteile aus einem bestehenden Staat mit dem Ziel, einen eigenen unabhängigen und neuen souveränen Staat zu bilden oder, in wenigeren Fällen, sich einem anderen Staat anzuschliessen. Sezession kann – muss aber nicht – zu bewaffneten Konflikten führen. Da die Sezessionsbestrebungen am Mittelmeer derzeit weniger bewaffnet ausfallen, fallen sie auch weniger auf.

Dabei sollten solche Bestrebungen nicht überraschen: Nationalstaaten sind eine vergleichsweise neuere Entwicklung in der Geschichte. Erst seit etwa 100 Jahren bilden sie die Norm im internationalen Geschehen. Insbesondere am Mittelmeer sind Nationalstaaten junge Erscheinungsformen. Es wäre daher falsch, anzunehmen, die aktuellen Staatsgrenzen blieben in der Zukunft stabil.

So wirkt sich etwa der Zerfall der beiden letzten «westlichen» Reiche, des Osmanischen und des Spanischen Reichs, bis heute im Mediterranen Raum aus. Auch der französische und britische Imperialismus hinterlässt Spuren. Nachfolgend eine kurze, aber keine abschliessende Übersicht über vier phänotypische Sezessionstendenzen.

Kosovo

Die Sezession des Kosovo aus Serbien führte zu einem kriegerischen Konflikt in den Jahren 1998 und 1999 und wurde mit der Erklärung der Unabhängigkeit Kosovos im Jahr 2008 real. Am Krieg beteiligten sich unter anderem die NATO und Russland, was viele Fragezeichen im Umgang des «Westens» mit Moskau und umgekehrt aufwarf. Es ist nicht auszuschliessen, dass die nachhaltige Zerrüttung des Verhältnisses beider darauf zurückzuführen ist.

Die Unabhängigkeit des Kosovo ist konsolidierte Tatsache und trotzdem birgt sie das Potenzial, die Europäische Union politisch zu spalten – Spanien etwa erkennt das Kosovo nicht an. Diese Spaltung wiederum führt zu einer Verzögerung der Aufnahmeprozesse anderer südosteuropäischer Staaten in die Union und leistet damit Vorschub für ihre Hinwendung zu Russland, der Türkei und China, welche systemische Herausforderer der EU sind.

Zypern

Völkerrechtlich umfasst das EU-Mitglied Republik Zypern die gesamte Insel, ausser den zwei Militärbasen Akrotiri und Dekelia, welche britische Überseegebiete sind. Faktisch agiert die Türkische Republik Nordzypern unabhängig der Regierung im Süden. Im Jahr 2004 legte der damalige Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, einen Plan zur Bewältigung der Sezession vor.

«Nationalstaaten sind eine vergleichsweise neuere Entwicklung in der Geschichte.»

Zypern sollte nach dem Vorbild der Schweiz als Staatenbund aus zwei Teilstaaten vereinigt werden. In zeitgleichen Volksabstimmungen wurde der «Annan-Plan» von den Zyperntürken mit Zweidrittelmehrheit gebilligt, von den Zyperngriechen jedoch mit Dreiviertelmehrheit abgelehnt, weil diese





die faktische rechtliche und territoriale Wiederherstellung der Republik Zypern in einem Staat fordern. Seit 2008 läuft ein neuer Wiedervereinigungsversuch. Doch während sich die Zyperngriechen eine stärkere Bundesrepublik wünschen, wollen die Zyperntürken eine Konföderation.

Der Konflikt in Zypern offenbart einerseits die Unfähigkeit der EU, mit Sezessionstendenzen in ihren Mitgliedsstaaten umzugehen. Andererseits könnte dieser Konflikt in Zukunft geopolitisch wichtiger werden. Denn Zyperns strategische Positionierung wird mit den neuen Gasfunden im Mittelmeer gestärkt. Auch bezüglich der Migration aus Afrika und Asien nach Europa spielt Zypern eine Rolle.

Katalonien

Die Sezessionsbestrebungen Kataloniens haben verschiedene Wandel durchgemacht. Während sie noch bis in die 1980er-Jahre mit einem terroristischen Arm verfolgt wurden, verblieben sie danach bis zu den 2010er-Jahren politisch. In dieser etwa dreissigjährigen Periode konzentrierte sich Katalonien darauf, ein Maximum an Autonomie im spanischen Verbund zu erreichen und als Zünglein an der Waage spanische Regierungen zu ermöglichen.

In der letzten Dekade setzen katalanische Sezessionisten staatspolitische Instrumente ein, um die Unabhängigkeit zu erreichen. Im Oktober 2017 wurde ein Referendum abgehalten. Daraufhin erklärte die ka-

talanische Regierung die Unabhängigkeit, setzte den Unabhängigkeitsprozess jedoch gleichzeitig aus, um mit Spanien Gespräche zu führen. Diese dauern an.

«Sezessionen sind viel präsenter, als die heutigen Staatsgrenzen vermuten lassen.»

Der Konflikt wurde zwar von allen europäischen Staaten als eine innere Angelegenheit Spaniens eingestuft. Doch das Schweizer Angebot, zwischen beiden Seiten zu vermitteln, wurde nicht nur in Katalonien als Legitimation des Sezessionsansinnens wahrgenommen. Im Umfeld Russlands wurde der Konflikt eingesetzt, um die «inhärente Instabilität» der europäischen Staaten zu thematisieren.

Libyen

Im Jahr 2011 begann in Libyen ein Bürgerkrieg, der sich um die Partizipation der NATO und einiger weiterer arabischer Staaten ausweitete. Nach dem Krieg und der internationalen Militärintervention blieb das Land von Kämpfen rivalisierender Milizen geprägt. Ein zweiter Bürgerkrieg fand zwischen 2014 und 2020 statt. Dabei gibt es aktuell fünf bis sieben territoriale Einflusszonen. Es ist unklar, inwiefern Konfliktparteien die Einflussnahme auf das ganze Land oder die Unabhängigkeit anstreben.

Geopolitisch ist Libyen nicht nur wegen seiner Rolle in der Migration aus Afrika nach Europa interessant. Das libysche Staatsterritorium ist gegenwärtig Entwicklungsboden für den Islamischen Staat. Die internationale Gemeinschaft ist gespalten hinsichtlich der Parteien, die sie unterstützen.

Dabei zeichnet sich einerseits eine Spaltung zwischen Russland und den arabischen Staaten auf der einen und den «Westen» auf der anderen Seite ab. Doch andererseits ist selbst der Westen gespalten. Denn namentlich Frankreich und die USA sind bereit, alle Parteien im Kampf gegen den Islamischen Staat zu unterstützen. Dass solche Allianzen höchst fragil sind, bedarf keiner Ausführung.

Fazit

Sezessionen sind viel präsenter, als die heutigen Staatsgrenzen vermuten lassen. Dabei bestehen grosse Unterschiede zwischen den Formen der Unabhängigkeitsbestrebungen. Doch gerade jene, die rund um das Mittelmeer bestehen, stellen Europa vor vielfältige geopolitische Herausforderungen.